



**CeGE** - Zentrum für Globalisierung  
und Europäisierung der Wirtschaft,  
Georg-August-Universität Göttingen

# CeGE- report

Februar 2003

## Wissenstransfer – ein Serviceangebot des CeGE

Wenn Sie als Journalist(in), als Vertreter(in) eines Verbandes, einer öffentlichen Institution, eines Unternehmens oder einer Nichtregierungsorganisation (NGO)

- \* einen Ansprechpartner suchen für ein wissenschaftlich fundiertes Statement zu aktuellen Fragen der europäischen oder internationalen Wirtschaft,
- \* eine Expertise zu einem internationalen ökonomischen oder rechtlichen Problem benötigen
- \* oder eine Vortragsveranstaltung oder Podiumsdiskussion planen,

dann können wir Ihnen die Expertinnen und Experten des CeGE empfehlen, die Ihnen auf ihren jeweiligen Spezialgebieten gerne als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

- ⇒ **Agrarpolitik**  
Prof. Dr. Stefan Tangermann;  
Prof. Dr. Stephan v. Cramon-Taubadel
- ⇒ **Arbeitslosigkeit**  
Prof. Dr. Peter Rühmann; Dr. Dagmar Sakowsky;  
Dipl.-Vw. Jens Südekum
- ⇒ **Arbeitsmarktpolitik**  
Dipl.-Vw. Silke Woltermann
- ⇒ **Armutsbekämpfung**  
Dr. Rolf Schinke
- ⇒ **Euro**  
Prof. Dr. Renate Ohr; Prof. Dr. Peter Rühmann
- ⇒ **EU-Haushalt**  
Prof. Dr. Helga Pollak
- ⇒ **Europäische Integration**  
Prof. Dr. Renate Ohr; Prof. Dr. Peter Rühmann;  
Dr. Dagmar Sakowsky
- ⇒ **Gentechnologie**  
Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll
- ⇒ **Globalisierung**  
PD Dr. Joachim Ahrens; Prof. Dr. Renate Ohr
- ⇒ **Inflation**  
Prof. Dr. Peter Rühmann
- ⇒ **Internationale Verrechnungspreise**  
Prof. Dr. Andreas Oestreicher

- ⇒ **Internationales Wirtschaftsrecht**  
Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll
- ⇒ **Internationale Wirtschaftsbeziehungen**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hesse
- ⇒ **Konjunktur**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hesse
- ⇒ **Lateinamerika**  
Dr. Felicitas D. Nowak- Lehmann; Dr. Rolf Schinke
- ⇒ **Ostasien**  
PD Dr. Joachim Ahrens
- ⇒ **Osteuropa**  
PD Dr. Joachim Ahrens; Prof. Dr. Renate Ohr;  
Prof. Dr. Stephan v. Cramon-Taubadel
- ⇒ **Regionale Entwicklung**  
Dr. Hans-D. v. Frieling; Prof. Dr. Jörg Güßefeldt
- ⇒ **Regionales Marketing**  
Dr. Hans-D. v. Frieling
- ⇒ **Regionalpolitik**  
Dipl.-Vw. Jens Südekum
- ⇒ **Steuern**  
Prof. Dr. Andreas Oestreicher; Prof. Dr. Helga Pollak;  
PD Dr. Sabine Seibold; Prof. em. Dr. Wilhelm H. Wacker
- ⇒ **Verkehr**  
Dr. Susanne Kickner
- ⇒ **Währungspolitik**  
Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hesse; Prof. Dr. Renate Ohr
- ⇒ **Wettbewerbspolitik**  
Dr. André Schmidt
- ⇒ **Wirtschaftsraumanalyse**  
Prof. Dr. Jörg Güßefeldt
- ⇒ **WTO-Recht**  
Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll
- ⇒ **WTO-Handelaspekte**  
Prof. Dr. Stephan v. Cramon-Taubadel

Nähere Einzelheiten zu den jeweiligen Ansprechpartnern sowie die Kontaktadressen finden Sie unter [www.cege.wiso.uni-goettingen.de/wissenstransfer.htm](http://www.cege.wiso.uni-goettingen.de/wissenstransfer.htm). In den nächsten CeGE - reports werden wir unsere Experten in lockerer Reihenfolge vorstellen.

### Inhalt:

Wissenstransfer – ein Serviceangebot des CeGE	S. 1
Kommentar: Verstärkte Zusammenarbeit – Ein Katalysator für die europäische Integration?	S. 2
Kommentar: Zur Folgenabschätzung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen	S. 3
CeGE-Intern:	S. 4

## **Kommentar**

### ***Verstärkte Zusammenarbeit – Ein Katalysator für die Europäische Integration?***

Am 13. Dezember 2002 haben die Staats- und Regierungschefs der EU in Kopenhagen die Beitrittsverhandlungen mit zehn Kandidatenländern abgeschlossen. Damit können Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern der Union im Mai 2004 beitreten.

Wie keine Erweiterungsrunde zuvor wird der Beitritt der neuen Mitglieder die EU qualitativ verändern. Das Wohlstandsgefälle innerhalb der Union wird sich verdoppeln, neue Interessenlagen und Konfliktpotenziale werden entstehen. Um die Gemeinschaft funktionsfähig zu halten, bedarf es nicht nur klarer Führungsstrukturen und einer soliden Finanzierungsgrundlage, sondern auch einer flexibleren Integrationsstrategie.

Unabhängig von der finalen Zielsetzung der Integration (d.h. einer supranational oder zwischenstaatlich ausgestalteten Union) ist für die Erweiterung und gleichzeitige Vertiefung der EU eine zunehmende Differenzierung unumgänglich. Eine systematische Integrationsflexibilität würde dazu beitragen, die intransparente Konferenzdiplomatie einzudämmen, Konfliktpotenziale zu entschärfen und Interessen zu bündeln. Eine institutionalisierte Differenzierung könnte der zunehmenden ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Heterogenität Rechnung tragen und unterschiedliche Präferenzen der Bürger verschiedener europäischer Regionen berücksichtigen.

Unterstellt man, dass es im Zuge der Erweiterung ohnehin *no-lens volens* zu einer stärkeren Differenzierung kommen wird, so gilt es, die hiermit verbundenen Tendenzen zu einem „Europa à la carte“ oder zur Entstehung von EU-Mitgliedschaften „zweiter Klasse“ zu unterbinden und die sich einstellende Differenzierung so zu steuern, dass eine weitere Vertiefung ökonomisch effizient und politisch durchsetzbar erscheint.

Angesichts dieser Problematik ist im Vertrag von Amsterdam mit der sog. „verstärkten Zusammenarbeit“ ein Instrument geschaffen worden, das eine gewisse Vertiefungsflexibilität garantiert. Diese Form der Zusammenarbeit ermöglicht es einer kleinen Gruppe von Ländern, voranzuschreiten und die Integration zu vertiefen. Allerdings sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Die verstärkte Zusammenarbeit

- ist auf solche Bereiche beschränkt, welche in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen,
- muss dazu beitragen, die Ziele der EU zu fördern,
- hat die Grundsätze der Gemeinschaftsverträge zu beachten,
- ist lediglich als ein letztes Mittel heranzuziehen und
- muss mindestens acht Mitgliedsländer umfassen.

Obwohl das Instrument der „verstärkten Zusammenarbeit“ grundsätzlich ein adäquates Mittel für eine Flexibilisierung des Integrationsprozesses darstellt, weist es eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf: Aufgrund der in vielen Bereichen geltenden Einstimmigkeitsregel kann die Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit an bestehenden Veto-Rechten scheitern. Da das Instrument als ein letztes Mittel angesehen wird, bleibt eine Differenzierung der Integration nach wie vor die Ausnahme. Die



PD Dr. Joachim Ahrens

verstärkte Zusammenarbeit kann nur von nationalen Regierungen initiiert werden, eine aktive Rolle für regionale oder lokale Jurisdiktionen ist nicht vorgesehen.

Daher sind weitere institutionelle Reformen erforderlich. Um den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nutzen zu können, ist es notwendig, neben ökonomischem auch politischen Wettbewerb zuzulassen. Daher wäre es sinnvoll, die verstärkte Zusammenarbeit zu einem zentralen Flexibilisierungsinstrument einer abgestuften bzw. differenzierten Integrationsstrategie weiter zu entwickeln.

Im Rahmen des Konzeptes der *abgestuften Integration* können einige Staaten voranschreiten. Die zunächst integrationsunwilligen oder -unfähigen folgen nach bestimmten Vorgaben, wobei das angestrebte Ziel einheitlich ist. Als Beispiel wäre hier die Europäische Währungsunion zu nennen. Das Konzept *differenzierter Integration* erlaubt eine Differenzierung sowohl nach oben als auch nach unten. Dem gemäß könnten einige Länder oder auch subnationale Einheiten voranschreiten und für bestimmte Politikbereiche eigene gruppenspezifische Regeln setzen und Institutionen schaffen. Somit könnten sich verschiedene Gruppen von Jurisdiktionen (Ländern, Regionen oder Kommunen) bilden. Die Gruppenmitglieder bestimmen Regeln, Ziel und Tempo in den zu differenzierenden Politikbereichen ohne Mitentscheidungsrechte anderer, denen aber ein *opting-in* offen stehen muss.

Sowohl die abgestufte als auch die differenzierte Integration erlauben Übergangsfristen, die gerade vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung unabdingbar sind. Eine abgestufte Integration wäre vor allem notwendig, um den Binnenmarkt zu sichern und integrationspolitische Rückschritte zu vermeiden. Das heißt, sie ist bei EU-weiten öffentlichen Gütern erforderlich, bei denen die Nutzen aus der Internalisierung externer Effekte und Skalenvorteilen diejenigen Kosten übersteigen, die aus gemeinschaftlichen Politiken bei heterogenen Präferenzen resultieren. Keine Vertiefung oder eine Vertiefungsoption wären dann sinnvoll, wenn dieser Saldo für die EU insgesamt ein negatives Vorzeichen hätte, für kleinere Ländergruppen aber ein positives.

PD Dr. Joachim Ahrens, *eGe*

**Kommentar**

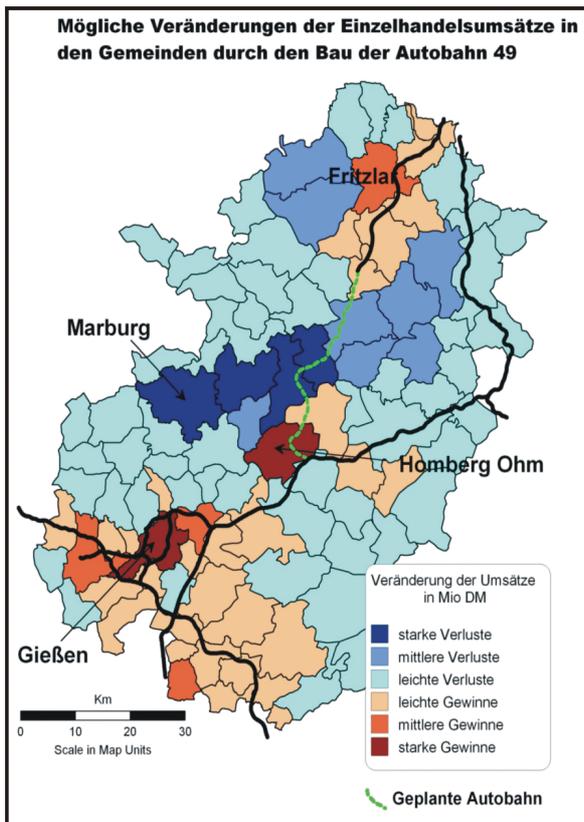
**Zur Folgenabschätzung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen**

Nach der Novellierung des Bundesraumordnungsgesetzes in 1998 sind Ausgleichsregelung (§ 7) und Raumordnungsverfahren (§ 15) kodifizierte Instrumente der Raumplanung, die zur Abschätzung möglicher Folgen planerischer Festlegungen zwingen und im Vorhinein zu deren Änderungen führen können. Ihre Anwendung erfolgt bislang mit einem deutlichen Übergewicht bei drohenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts. Ein wenig ketzerisch könnte man sagen, die Belange der Feldhamster und Weißohreulen werden seither förmlich berücksichtigt. Wie aber sieht es mit den Belangen der Menschen aus?

Eine diesbezüglich eingrenzende Teilfrage lautet: Wie wirkt sich der Bau neuer Verkehrswege auf die Kaufkraftströme und damit auf den Einzelhandel in den Städten und Gemeinden in einer betroffenen Region aus? Dies ist eine der Fragestellungen, mit denen wir uns in der Abteilung Wirtschaftsgeographie der Universität Göttingen, im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes, befassen. Untersucht wird diese Fragestellung am Beispiel des geplanten Lückenschlusses der Autobahn 49 (Kassel-Gießen), welche die Erschließung der Regionen Mittel- und Nordhessen verbessern soll (s. Abb. unten).



Prof. Dr. Jörg Güßefeld



Die „New Economic Geography“, eine Anfang der 1990er Jahre entstandene Forschungsrichtung befasst sich mit dem Einfluss von Transportkosten auf die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen und hat insbesondere in der Volkswirtschaftsleh-

re zu einem verstärkten Interesse an wirtschaftsgeographischen Themen geführt. Bislang bewegt sich diese Diskussion allerdings zumeist auf theoretischer Ebene. Während wir anfangs noch das zumindest im nachhinein geradezu verwegene anmutende Ziel hatten, wenigstens einige Theoreme der New Economic Geography anzuwenden und ihre Praxistauglichkeit zu testen, gab es aber bei ihrer Operationalisierung im kleinräumigen Bereich unüberwindbare Schwierigkeiten.

Allerdings hat die Beschäftigung mit diesem theoretischen Ansatz insofern Früchte getragen, dass es gelungen ist, die Methodik zu verbessern, die bislang für die Bearbeitung solcher Problemstellungen benutzt wurde. Ein weitverbreitetes Gleichgewichtsmodell aus der Klasse der Gravitationsmodelle konnte so verändert werden, dass nunmehr der Idee der unvollkommenen Märkte mit wachsenden Skalenerträgen Rechnung getragen wird. Um Aussagen über mögliche Kaufkraftströme vor und nach der Fertigstellung der Autobahn machen zu können, wurde eine eigene Software entwickelt. Ihr Einsatz ermöglicht die kleinräumig differenzierte Darstellung von Szenarien der Folgewirkungen des Autobahnbaus für den Einzelhandel (s. nebenstehende Abb.). Es lassen sich dabei deutlich Gewinner und Verlierer in nahezu der ganzen Region (und nicht nur in wenigen Gemeinden entlang der neuen Autobahntrasse) ausmachen. Sowohl für die Planer in den Städten und Gemeinden als auch für die Einzelhändler können derartige Informationen von Interesse sein, denn es lässt sich so frühzeitig erkennen, ob das geplante Vorhaben eher positive oder eher negative Auswirkungen für den Handel mit sich bringt. Dies schafft wiederum die Möglichkeit, rechtzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten, um bestimmte Entwicklungen zu fördern oder – wenn nötig – zu verhindern. Aber auch die reinen Theoretiker wird dieses Ergebnis interessieren, da es z.T. eine deutliche Übereinstimmung mit den Vorhersagen aus den Theoremen der „New Economic Geography“ aufweist: Besonders die großen Zentren Gießen und Kassel (nicht dargestellt) sind die überragenden Gewinner.

*Prof. Dr. Jörg Güßefeldt, Geographisches Institut*

## CeGE-Intern:

### „Korruption aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik“

Am 15. und 16. November 2003 organisierte **PD Dr. Johann Graf Lambsdorff** (CeGE) in Göttingen einen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten **internationalen Workshop** zu Korruption aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik. Da korrupte Vereinbarungen nicht vor Gerichten durchgesetzt werden können, sie einer hohen Geheimhaltung bedürfen und nachträglich von Denunziation bedroht sind, ist opportunistisches Verhalten die Achilles-Ferse einer korrupten Vereinbarung. Eine institutionenökonomische Analyse dieser Achilles-Ferse ermöglicht einen systematischen Ansatzpunkt für Reformen. Dieser theoretische Zusammenhang wurde intensiv im Rahmen eines formalen Modells herausgearbeitet (L. Pechlivanos; Universität Athen) und institutionenökonomisch analysiert (J. Graf Lambsdorff). Im Rahmen von Fallbeispielen (A. Vanucci; Universität Pisa) und Befragungen von Geschäftspersonen (J. Bray; Control Risks Group, Tokio) wurde die Rolle von Mittelsmännern bei der Reduzierung von Transaktionskosten korrupter Geschäfte nachgewiesen. Arten der Korruption in China (S. Opper; Universität Tübingen) und die resultierende institutionelle Rolle der Guanxi-Netzwerke (M. Taube und M. Schramm; Universität Duisburg) wurden intensiv diskutiert. Die Rolle korruptionsfördernder Normen wurde aus soziologischer Sicht dargestellt (P. Graeff und H. Schweitzer; Universität Bonn). Das resultierende, eher ambivalente Verhältnis zwischen Vertrauen und Korruption wurde anhand von Befragungen der Öffentlichkeit nachgewiesen (E. Uslaner; Universität Maryland). Eine negative Korrelation zwischen länderbezogenen Trenddaten der Korruptionsentwicklung und Indikatoren von Sozialkapital wurde präsentiert (M. Paldam; Universität Aarhus). Die sich hieraus ergebenden Reformansätze wurden dargestellt anhand der Verankerung von *business integrity*-Netzwerken in Nigeria (S. Apampa; SAP, Südafrika) und bei der Bekämpfung der Korruption im internationalen Geschäftsverkehr (P. Eigen; Transparency International, Berlin). Eine Veröffentlichung der Beiträge ist in Vorbereitung.

### Gäste am CeGE:

- Auf Einladung des CeGE hielt **Prof. Dr. Herman W. Hoen** von der Universität Groningen / **Niederlande** als Gastdozent im November 2002 ein zweiwöchiges, englischsprachiges Blockseminar zum Thema „Economic Integration and Transformation in Europe“.

### Vorträge:

- Im Oktober 2002 nahm **Dipl. Vw. Jens Südekum** an der vom ZEI (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn) ausgerichteten Konferenz „European Integration, Regional Convergence, Location of Industrial Activity and Labour Market Adjustment“ in Iasi (**Rumänien**) teil. Dort stellte er ein Paper mit dem Titel „Subsidizing Education in the Economic Periphery: Another Pitfall of Regional Policies?“ vor.

### Neuerscheinungen:

- In der Reihe **CeGE-Schriften** sind zwei weitere Bücher erschienen: **Wolfgang Münch** „Effects of EU Enlargement to the Central European Markets“ und **Holger Niermann** „Welchen Finanzausgleich braucht Europa?“.

- Der Tagungsband zum vom CeGE durchgeführten Symposium „Zehn Jahre Vertrag von Maastricht“ ist im Verlag Duncker & Humblot unter gleichem Namen erschienen. **Jochim Ahrens** und **Renate Ohr** haben als Herausgeber die Beiträge der verschiedenen Referenten mit ihren unterschiedlichen Standpunkten gesammelt und auch die wichtigsten Thesen aus der Diskussion festgehalten. Einführung und Schlussbetrachtung der Herausgeber runden die Thematik ab.
- **Andreas Oestreicher** (Universität Göttingen/CeGE und ZEW) und PD Dr. Christoph Spengel (ZEW, Mannheim) haben im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen ein Gutachten zum Thema „Analyse handels- und steuerrechtlicher Abschreibungsregelungen. Anforderungen an Abschreibungsvorschriften im modernen Wirtschaftsleben. Internationaler Vergleich“ erstellt. Das Gutachten wird in Kürze als Buch unter dem Titel „**Steuerliche Abschreibung und Standortattraktivität**“ im Nomos-Verlag erscheinen.
- **Hans-Joachim Jarchow** und **Peter Rühmann** haben das Werk „**Monetäre Außenwirtschaftstheorie II. Internationale Währungspolitik**“ in der 5. neu bearbeiteten und erweiterten Auflage im Verlag Vandenhoeck und Ruprecht veröffentlicht.
- **Joachim Ahrens** hat seine Habilitationsschrift unter dem Titel „**Governance and Economic Development. A Comparative Institutional Approach**“ veröffentlicht. Sie ist im Verlag Edward Elgar (UK) erschienen.

### Neue Diskussionspapiere:

- Auf der CeGE-Homepage sind zwei neue CeGE-Diskussionspapiere zum Download bereit. Beitrag Nr. 15 von **Patrick Ziltener** untersucht „Wirtschaftliche Effekte des EU Binnenmarktprogramms“; Beitrag Nr. 16 von **Johann Graf Lambsdorff** und **Michael Schinke** befasst sich mit „Non Benevolent Central Banks“.

### Sonstiges:

- Vom 11.–15.11. 2002 trafen sich 20 Studierende der Higher School of Economics, Moskau (HSE) mit 19 Göttinger Studierenden zu einem Seminar zum Thema „**Die europäische Integration und ihre Auswirkungen auf die russische Wirtschaft**“. Das Seminar unter der Leitung von **Prof. Dr. Günter Gabisch** (CeGE) und Prof. Dr. A. S. Shvedov (HSE) wurde von der Weltbank gefördert.
- Im Dezember 2002 vollendete **Niels O. Angermüller** seine Promotion zum Thema „Internationale Finanzmärkte und Finanzmarktkrisen“ bei **Prof. Dr. Hans-Joachim Jarchow**. Das CeGE gratuliert seinem aktiven Mitglied.
- Am 28.01.2003 hielt **Prof. Dr. Hans-Joachim Jarchow**, einer der Gründungsmitglieder des CeGE, seine Abschiedsvorlesung. Er sprach zum Thema „Feste oder flexible Wechselkurse? Erfahrungen vom Goldstandard bis zur Gegenwart“.

### Impressum:

**Herausgeber:** Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, Tel. 05 51 / 39 70 91, Fax. 05 51 / 39 70 93, Web-Site: www.cege.wiso.uni-goettingen.de, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr

**Redaktion:** Prof. Dr. Renate Ohr

**Layout:** Bianca Hoffmann **Druck:** GWDG, Göttingen